

# Unter Wert

Der Vorwurf: Zypern bekam Kredite nur unter der Auflage, dass seine Banken ihre griechischen Geschäfte an einen Konkurrenten in Athen billig abtraten. Hat die Troika tausende Sparer um Milliarden Euro gebracht? Die Rekonstruktion eines Skandals

VON HARALD SCHUMANN, NIKOSIA

Als erfahrener Politiker ist Nicholas Papadopoulos so manche Härte gewohnt. Seit neun Jahren ist er Abgeordneter im Parlament der Inselrepublik Zypern und leitet dort den Finanzausschuss. Zugleich ist er Chef der sozialliberalen Diko-Partei und als solcher jeder politischen Radikalität unverdächtig. Doch wenn der 41-Jährige diese Geschichte erzählt, dann überschlägt sich seine Stimme, und die Wut treibt ihm die Tränen in die Augen.

Sein Land sei Opfer eines „dreisten Überfalls“ geworden, sagt er dann. „Sie haben uns dreieinhalb Milliarden Euro gestohlen und einer griechischen Bank zugeschoben“, klagt er. Das seien die Rücklagen gewesen, „für die unsere Leute ihr Leben lang gespart oder ihre Pensionsgelder eingezahlt haben“. Nun würden viele auch noch ihr Haus verlieren, um die Verluste zu decken. „Die Troika war das, und die Eurogruppe, die haben das beschlossen, und wir mussten mit der Pistole am Kopf zustimmen“, zürnt Papadopoulos.

Dies sei „einer der größten Skandale in der Geschichte der Eurozone“.

Diebstahl im Milliardenumfang? Betrieben von den Eurofinanzministern und der Troika, also Beamten der EU-Kommission,

der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF)? Das klingt verrückt. Doch der Vorwurf baut auf harte Fakten und Dokumente. Sie belegen, dass die beteiligten Beamten in Brüssel und Frankfurt mit voller Absicht einen höchst fragwürdigen Deal durchgesetzt haben, bei dem Zyperns Bankkunden drei Milliarden Euro verloren, die eine griechische Bank als Gewinn kassierte. Europas Parlamentarier und Gerichte nahmen davon bisher keine Notiz, auch weil Zyperns Regierung es nicht wagt, den Vorgang öffentlich zu machen. Sie ist vom Wohlwollen bei EZB und EU-Kommission abhängig. Aber nun haben Hunderte zyprischer Bürger Klage erhoben und Zyperns Zentralbank wollen ermitteln.

Der Weg in den dubiosen Milliardendeal beginnt mit dem wirtschaftlichen Absturz der Republik Zypern im Jahr 2012. Bis dahin zählt das kleine Land mit seinen 800 000 Einwohnern zu den reichsten in Europa. Mit niedrigen Steuern und laxen Kontrollen hat sich die Inselrepublik zu einem Finanz- und Steuerfluchtzentrum entwickelt. Reiche aus aller Welt und besonders viele aus Russland verstecken hier ihr Schwarzgeld vor dem heimischen Fiskus. Das hat Zyperns Finanzsektor stark gemacht. Die Bilanzen der drei Großbanken Laiki, Hellenic und Bank of Cyprus sind auf eine Summe vom Achtfachen der Wirtschaftsleistung des Landes angewachsen. Glitzernde Bankpaläste und Hunderte vornehmer Anwaltskanzleien in der Hauptstadt Nikosia zeugen vom importierten Reichtum.

Der Rückschlag kommt im April 2012. Die zyprische Finanzbranche verliert mit dem in Brüssel beschlossenen Schuldenerlass für Griechenland auf einen Schlag vier Milliarden Euro, so viel wie ein knappes Viertel des Bruttoinlandsprodukts. Die Regierung des damaligen Präsidenten Dimitris Christofias stützt mit 1,8 Milliarden Euro die besonders angeschlagene Laiki-Bank, gerät dadurch aber selbst in Zahlungsnot. Wie zuvor Griechenland, Irland und Portugal muss auch Zypern Kredit bei den Eurostaaten beantragen und mit den Beamten der Troika verhandeln. Aber Zypern hat in der EU keine Freunde.

Das erfährt Michael Sarris in aller Härte. Sarris, heute 67, wird im Februar 2013 Finanzminister in höchster Not. Die Zyperer haben die Links-Regierung von Christofias wegen ihres miserablen

Krisenmanagements abgewählt. Nun sollen der neue konservative Präsident Nikos Anastasiades und sein Finanzminister retten, was zu retten ist. Sarris, im privaten Umgang ein weltgewandter Charmeur, ist ein Veteran im Geldgeschäft. 30 Jahre war er bei der Weltbank, anschließend schon mal Finanzminister, dann Krisenmanager bei einer Bank. Was ihn nun erwartet, hätte er dennoch „niemals für möglich gehalten“, erzählt er.

Am 3. März 2013, gerade fünf Tage im Amt, reist er nach Brüssel, um dort über den Notkredit zu verhandeln. Doch gleich beim ersten Treffen mit seinem deutschen Kollegen Schäuble und den leitenden Beamten der Troika erfährt er, dass es nichts mehr zu verhandeln gibt. „Alles war längst entschieden“, sagt Sarris. Ja, die zyprische Staatskasse soll Kredit bekommen, um ihre Schulden bedienen zu können. Aber kein Cent des geliehenen Geldes dürfe zum Ausgleich der Bankverluste genutzt werden, erklären die Eurostrategen. Sarris ist schockiert: Ohne Staatsgeld müssen die Aktionäre und Gläubiger der Banken für deren Verluste haften – und die Kunden. Der Vertrauensverlust werde Zyperns Geldhäuser ins Mark treffen, der „Bail-in“ auf Kosten der Einleger sei „wirtschaftlicher Selbstmord“ für Zypern, werden Sarris und sein Präsident in den folgenden zwei Wochen immer wieder argumentieren – vergeblich.

Denn auf Drängen der deutschen Regierung wollen die Eurofinanzminister an Zypern ein Exempel statuieren. Kanzlerin Merkel hat versprochen, diesmal sollen anders als in allen anderen Eurostaaten „diejenigen in die Verantwortung genommen werden, die das Problem verursacht haben“, also jene, die den Pleitebanken ihr Geld anvertraut haben. Das ist in

diesem Fall leicht. Die Finanzindustrie der übrigen Eurostaaten hat ihr Geld längst abgezogen, deutsche oder französische Anleger sind nicht in Gefahr.

Umso härter sollen die Kunden der zyprischen Banken bluten. Wer mehr als 100 000 Euro auf dem Konto hat, soll haften, um die Verluste von bis zu acht Milliarden Euro zu decken. Die Straffaktion gegen die als Geldwäscher gebrandmarkten Zyperer birgt allerdings ein unkalkulierbares Risiko: Die zyprischen Banken machen rund ein Drittel ihres Geschäfts in Griechenland und haben daher auch Tausende griechischer Einleger. Würden aber auch sie in Haftung genommen, würde in Griechenland eine Bankenpanik ausbrechen und das griechische Finanzsystem kollabieren, warnen Experten der EZB. Das wollen die Eurominister und ihre Troika unbedingt vermeiden. Schließlich haben sie gerade erst dem griechischen Staat 40 Milliarden Euro aus dem Eurorettungsfonds ESM geliehen, damit er seine nach dem Schuldenschnitt insolventen Banken vor dem Kollaps bewahrt.

Und so ersinnen Beamte bei EZB und EU-Kommission einen abenteuerlichen Plan: Zyperns Banken sollen gezwungen werden, ihr gesamtes Geschäft in Griechenland zu verkaufen, um die Griechen vom Schock in Zypern abzuschotten. Der Schutz des privaten Eigentums, in der ganzen EU ein Grundrecht, soll in diesem Fall nicht gelten.

Als Minister Sarris sein Amt antritt, weiß er nichts davon. Dabei ist die Operation seit Monaten in Planung. Schon im Januar 2013, lange vor der Neuwahl in Zypern, spielt eine Gruppe von EZB-Beamten das Szenario einer „unfreiwilligen“ Aufspaltung der Zypernbanken durch. Dazu erstellen sie ein ausführliches

Memo, das sie als „confidential“ und „restricted“ nur einem kleinen Kreis zugänglich machen. Mit im Team ist auch ein griechischer Jurist, der den Justitiaren der griechischen Bank Piraeus eng verbunden ist – eine Beziehung, die sich später als brisant erweisen wird. Das Memo kommt zu einem brenzligen Ergebnis: Würden die griechischen Filialen der Zypern-Banken zu einem Preis verkauft, bei dem alle denkbaren künftigen Verluste schon einkalkuliert sind, wären die Mutterkonzerne Laiki und Bank of Cyprus „technisch insolvent“, schreiben die EZB-Strategen. Mit anderen Worten: Ein solcher Zwangsverkauf würde Zyperns Geldhäuser das Genick brechen.

Sarris erfährt zunächst nichts davon. Die Beamten der Eurogruppe erklären ihm nur ultimativ, dass es ohne die Abspaltung des Hellas-Geschäfts der Banken keinen Notkredit für die Regierung geben wird. „Wir sollten raus aus Griechenland, und das sofort, obwohl so etwas normalerweise Monate der Vorbereitung und die Unterstützung von erfahrenen Investmentbankern erfordert hätte“, beklagt Sarris. Ihm dagegen bleiben gerade mal zwölf Tage.

Die nötige Gesetzgebung nimmt die EZB gleich selbst in die Hand. Unter Führung des damaligen deutschen EZB-Direktors Jörg Asmussen entwirft die juristische Abteilung ein Gesetz, das die zyprische Notenbank ermächtigen soll, Banken im Krisenfall zu übernehmen und damit auch zum Verkauf ihrer Auslandsge-

## DIE KRISE IN ZYPERN

**1. Januar 2008:** Zypern führt den Euro ein.

**Oktober 2011 bis April 2012:** Mit dem Schuldenschnitt für Griechenland verlieren Zyperns Banken **4,5 Milliarden Euro**.

**25. Mai 2012:** Die Regierung von Präsident Christofias gewährt der Laiki-Bank eine **Kapitalspritze** von 1,8 Milliarden Euro und gerät selbst in Zahlungsnot.



**25. Juni 2012:** Zyperns Regierung beantragt einen

**Notkredit** bei der Eurogruppe, aber Christofias verzögert die Verhandlungen bis zu den Neuwahlen am

**17. Februar 2013:** Die Zyperer wählen den Konservativen Nikos Anastasiades zum Präsidenten. Er beruft Michael Sarris zum Finanzminister.



**15./16. März 2013:** Die Eurofinanzminister stellen zwei Bedingungen: Die Kunden der Banken sollen für deren Verluste haften. Und die Banken sollen ihr Griechenlandgeschäft zum Schleuderpreis der griechischen Bank Piraeus verkaufen. EZB-Direktor Asmussen (unten) droht, ihnen die EZB-Kredite zu sperren und damit Zypern aus der Euro-



zone zu werfen, Anastasiades und Sarris geben nach. Das Parlament willigt erst ein, als die Haftung auf Einlagen über 100 000 Euro begrenzt wird.

**20. Mai 2013:** Die Piraeus-Bank meldet **3,4 Milliarden Euro** außerordentlichen Gewinn aus dem Geschäft.

Doch merkwürdig: Die vermeintlichen Schlichter suchen keinen Kompromiss, sondern schlagen sich auf die griechische Seite. Ihr Schlichtungsvorschlag kalkuliert den Wert der griechischen Filialen systematisch nach unten, berichten die Beamten der zyprischen Notenbank später dem Untersuchungsausschuss. Als ob es dem Drehbuch der EZB-Strategen folgen würde, bringt das Konzept die für den schlimmsten Fall zu erwartenden künftigen Verluste in Abzug. Damit schrumpft der Wert aller zu verkaufenden Anlagen und Kundenkredite um mehr als drei Milliarden Euro. Zudem sollen die Verkäufer, also die zyprischen Banken, dem griechischen Erwerber auch noch die Hälfte des benötigten Eigenkapitals schenken. Als die Vorstände der drei Banken davon erfahren, weisen sie das faule Angebot brüsk zurück. „In Griechenland war unser Kerngeschäft“, erzählt Andreas Artemis, damals Vorstandsvorsitzender der Bank of Cyprus. „Warum sollten wir das für einen Bruchteil des Wertes hergeben?“ Auch Sarris will das zunächst nicht unterschreiben.

Doch die Eurofinanzminister übernehmen die merkwürdige Kalkulation ungeprüft und lassen Zyperns Finanzminister und seinem Präsidenten Anastasiades keine Alternative. Als in der Nacht vom 15. zum 16. März 2013 im Brüsseler Rat über das Kreditprogramm entschieden wird, müssen sie nicht nur akzeptieren, dass die Bankeinleger haften, sondern auch den Zwangsverkauf des Griechenlandgeschäfts zum Schleuderpreis. EZB-Direktor Asmussen droht während der Sitzung, den zyprischen Banken den Zugang zu den Krediten der Zentralbank zu entziehen und damit Zypern aus der Eurozone zu werfen.

„Das wäre die noch größere Katastrophe gewesen“, sagt Sarris. „Für uns hieß das: friss oder stirb.“

Es dauert noch eine Woche und eine weitere Sitzung der Eurogruppe, um den Widerstand der Zyperer zu brechen, dann ist die Sache durch. Zyperns Banken müssen ihr Griechenlandgeschäft für nur 524 Millionen Euro abtreten. Käufer ist die Piraeus-Bank. Auf einen Schlag verliert allein die Bank of Cyprus mehr als zwei Milliarden Euro und damit ihr ganzes Eigenkapital. Nur deshalb wird sie insolvent, wie es die EZB-Planer schon im Januar voraussahen. Mindestens eine weitere Milliarde verliert auch die Laiki-Bank. Wie geplant stellt die Notenbank als Aufsichtsbehörde die beiden Großbanken unter Zwangsverwaltung und fusioniert sie, während deren Kunden gut sechs Milliarden Euro ihrer Einlagen in neue Bankaktien tauschen müssen, die nicht mal ein Zehntel der Summe wert sind. Zwei Drittel der Verluste treffen Anleger aus dem Ausland. Aber für die übrigen zwei Milliarden Euro stehen zyprische Sparer, Rentner, Pensionsfonds, die Universitäten und Unternehmen gerade, auch wenn sie nur die Löhne für den nächsten Monat auf dem Konto hatten. In der Folge stürzt die zyprische Wirtschaft in eine tiefe Rezession, Tausende verlieren ihre Jobs.

In Athen dagegen haben Michalis Sallas, Chef der Piraeus-Bank, und Zentralbankchef Protopoulos Grund zum Feiern. Piraeus meldet mit dem nächsten Quartalsbericht einen Gewinn von 3,4 Milliarden Euro „aus dem Erwerb des zyprischen Bankennetzwerks in Griechenland“. Auch die Troika hat ein Problem weniger. Die Piraeus-Gruppe, bis dahin wegen des Schuldenschnitts selbst pleite, ist wieder solvent und steigt über Nacht zur größten griechischen Bank auf. Ihr Aktienkurs legt 400 Prozent zu.

Haben also Beamte der Troika gemeinsam eine Sache mit einer griechischen Bank gemacht? Oder war alles nur Zufall? Die EZB und die EU-Kommission könnten das leicht aufklären. Aber beide Institutionen verweigern jede Auskunft. Eine ausführliche Fragenliste blieb, trotz genteiliger Zusagen der Pressesprecher, drei Monate lang ohne Antwort. Nicht nur der Abgeordnete Papadopoulos will daher nicht an Zufall glauben. Auch der Anwalt Kypros Chrysostomides meint, der ganze Vorgang sei „rechtswidrig“ gewesen. Für 120 Klienten, „einfache Leute, die nur ihre Ersparnisse auf dem Konto hatten“, klagt er daher beim Europäischen Gerichtshof auf 100 Millionen Euro Schadensersatz.

„Das stinkt“, meint selbst der Ökonom Stavros Zenios, der als Mitglied im neuen Vorstand der zyprischen Zentralbank damit seine EZB-Kollegen angeht. Er könne zwar „nicht beurteilen, ob es Korruption oder nur Unfähigkeit war“, sagt Zenios. Umso dringender sei aber „eine Ermittlung auf europäischer Ebene“. Es gehe nicht an, dass diese Frage „ungeklärt über Europas Institutionen hängt“.

Unter der Ägide von Protopoulos nutzt die griechische Seite „unsere Zwangslage rücksichtslos aus“, erzählt einer der beteiligten Zyperer. Das Geschäft der drei Zypern-Banken in Griechenland hat zu diesem Zeitpunkt einen Wert („net asset value“) von fast acht Milliarden Euro, ermitteln Experten von Zyperns Zentralbank. Aber die Griechen bieten nicht einmal 500 Millionen. Als die Verhandlungen scheitern, so berichtet Minister Sarris, beauftragen die Beamten der Eurogruppe den damaligen Kommissar Joaquim Almunia und dessen Abteilung Wettbewerb mit der Schlichtung.

— Dieser Bericht beruht auf Recherchen für den Film „Macht ohne Kontrolle – die Troika“ von Arpad Bondy und Harald Schumann, der am 24.2. um 21.50 Uhr auf Arte gesendet wird.



Umgefallen. Die inzwischen abgewickelte zyprische Laiki-Bank war eines der betroffenen Institute.

Fotos: AFP (3) & p-a/dpa.